

änderungen in den ideologisch besonders belasteten Fächern. In den meisten Fällen werden die Texte auszugsweise wiedergegeben, aber ohne nicht vertretbare Kürzungen. Die drei Herausgeber sind seit langem mit der Materie und auch mit der jeweiligen Landessprache vertraut, was für eine Übersetzung wegen der bekannten Tücken der Fachterminologie ebenso wichtig ist: Siegfried Baske mit Polen, Milan Beneš mit der Tschechoslowakei (beide aus Berlin) und Rainer Riedel aus Dresden mit Ungarn. Die Quellen sind präzise angegeben und stammen überwiegend aus Zeitungen und Fachzeitschriften. Leider fehlt ein bibliographischer Anhang, was aber wegen der bemerkenswert schnellen Herausgabe des Buches verständlich ist.

Daß es sich trotzdem nicht um einen „Schnellschuß“ handelt, wie das bei aktuellen Dokumentationen häufig der Fall ist, zeigt auch die einleitende Darstellung (S. 13–57). Nach einer generellen Charakteristik gemeinsamer Merkmale der Bildungspolitik und der Bildungssysteme in den drei Staaten mit ihrer wechselnden Abhängigkeit von der Sowjetunion wird der Wandel seit 1989 dargestellt, wobei ein Rückgriff auf vorangegangene Ereignisse und Vorläufer (in Polen die „Solidarność“, in der Tschechoslowakei die Charta 77) ebenso erfolgt, wie im Falle Ungarns die schon Mitte der achtziger Jahre einsetzende Bildungsreform einbezogen wird. Eine vergleichende Analyse der bildungspolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in diesen drei Ländern oder auch unter Einschluß anderer, darunter der Sowjetunion, muß späteren Untersuchungen vorbehalten bleiben. Aber schon diese Dokumentation und die darstellenden Kapitel zeigen ein Zweifaches: die rasche Wiederbelebung der spezifischen nationalen Traditionen – z. B. auch hinsichtlich der slowakischen und tschechischen, die zur staatlichen Trennung geführt haben – und gleichzeitig die Last der kommunistischen Herrschaft, die nicht so schnell abzuschütteln war, wie es viele geglaubt hatten. Zu der Ebene der Bildungspolitik, die hier dokumentiert wird, gehört daher als sozialer Unterbau die Darstellung der kollektiven Prozesse und deren Folgen in den jeweiligen Ländern für die mühsame Neugestaltung des Bildungswesens in einer in Freiheit und Unsicherheit entlassenen Gesellschaft.

Bochum

Oskar Anweiler

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867. V. Abteilung. Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff. Band 7. 15. Oktober 1863–23. Mai 1864. Bearb. von Thomas Kleťečka und Klaus Koch. Mit einem Vorwort von Helmut Rumpler. (Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867.) Österreichischer Bundesverlag. Wien 1992. XLIX, 438 S., ÖS 980,00

Schon die bisher edierten und in der ZfO besprochenen Protokolle aus der Ära Erzherzog Rainer – Schmerling¹ haben gezeigt, daß, anders als in der Zeit des Neoabsolutismus, seit den Verfassungsreformen der frühen sechziger Jahre der österreichische Ministerrat ein echtes Leitungsgremium der europäischen Großmacht Habsburgermonarchie war, das in der Regel mehrmals wöchentlich zusammentrat und in dem nicht selten der Kaiser den Vorsitz innehatte. Diese Beobachtungen werden durch den neuen Band bestätigt.

Bestätigt wird freilich auch der ebenfalls aus den bisher bekanntgewordenen Niederschriften gewonnene Eindruck der Rat-, ja Hilflosigkeit, die bereits damals in Franz Josephs Reich die Führung gegenüber den Problemen an den Tag gelegt hat, die sich ihr in der Innen- und namentlich in der Außenpolitik stellten. Für die Lage der Donaumonarchie war allein schon die Tatsache bezeichnend, daß die Reichsleitung niemals imstande war, neue, auf die Zukunft hin ausgerichtete und die Staatengemeinschaft,

1) Zuletzt ZfO 42 (1993), S. 153–156.

besonders aber die Elite der eigenen Bevölkerung überzeugende politische Ziele zu formulieren sowie eigene, erfolgversprechende Initiativen zu ergreifen, sondern immer wieder von einer Position der konzeptionellen und oft auch materiellen Schwäche aus auf die von anderen geschaffenen Anforderungen nur reagieren konnte.

Dies läßt sich vor allem am Verhalten des Ministerrats zu den beiden großen Fragen dieses halben Jahres erkennen, zur Krise um Schleswig-Holstein und zum polnischen Aufstand. Obwohl, wie hier wiederholt dokumentiert ist, die politische Zukunft der Elbherzogtümer nichts war, was die vitalen Interessen des Kaiserstaates berührt hätte, war man zu den von Bismarck aufgestellten Bedingungen (Verteidigung der Londoner Protokolle von 1851 und 1852) zur Zusammenarbeit mit Preußen bereit, auch wenn man dadurch nicht nur in Gegensatz zu der damals recht habsburgfreundlichen öffentlichen Meinung in Deutschland (Liberalismus als regierende Partei in Österreich) geriet, sondern auch zu den Führungen der deutschen Mittelstaaten, wo man im allgemeinen die Ansprüche des augustenburgischen Thronprätendenten unterstützte. Man hoffte eben, durch diese Beteiligung an der von Berlin initiierten Intervention gegen Dänemark die rein preußische Lösung des Problems (Annexion, dadurch weitere Stärkung der Stellung des dualistischen Rivalen) verhindern zu können; man fürchtete, ein Erfolg der auch demokratische Züge tragenden Schleswig-Holstein-Bewegung könne zum revolutionären Vorbild für Sezessionstendenzen in der eigenen Monarchie werden, und man wollte demonstrieren, daß man nach wie vor eine europäische Großmacht war (Mitsignatar der Londoner Verträge). Auch die bald spürbar werdende Schädigung des österreichischen Seehandels durch den dänischen Seekrieg meinte man in Kauf nehmen zu müssen (S. 103–108, 116f., 189–194, 257–260).

Etwas Ähnliches – Wählen nur zwischen nachteiligen Möglichkeiten – galt auch für die Beratungen über die Insurrektion im russischen Polen. So war, wie die Minister erkannten, jede der drei Alternativen, die Außenminister Graf Rechberg ihnen Anfang November 1863 vortrug, für die Habsburgermonarchie gleich ungünstig: eine Allianz mit Rußland, eine Allianz mit Frankreich oder die Neutralität. Wenn es, wie vor allem Napoleon III. noch immer wünschte, wegen Polen zu einem europäischen Krieg käme, würde Österreich später unweigerlich auf der Seite der Verlierer stehen; als Verbündeter des Zaren würde man gemeinsam mit diesem von der britisch-französischen Interventionsstreitmacht besiegt werden, als Verbündeter Frankreichs würde man zunächst zu den Siegern gehören, wäre aber, genauso wie im ersten Fall, über kurz oder lang gezwungen, Galizien an den dann wiederhergestellten polnischen Staat abzutreten; eine neutrale Haltung schließlich sei zwar im Augenblick am wenigsten schädlich, doch könnte diese Selbstisolierung zu unvorhersehbaren systempolitischen Kombinationen gegen den Kaiserstaat führen und versperrte überdies der österreichischen Diplomatie jegliche Einflußmöglichkeit bei der Regelung der Krise. Und weil man nicht sicher war, wie sich die andere deutsche Großmacht entscheiden würde, einigte man sich schließlich darauf, so wie bisher den Verlauf der Entwicklung abzuwarten (S. 52–57).

Diese außenpolitische Unselbständigkeit hatte, wie ebenfalls den Protokollen zu entnehmen ist, auch materielle Gründe. So warnte der Finanzminister vor allen Beschlüssen, die sein Vorhaben gefährden könnten, Anleihen in Westeuropa, vor allem auf dem Londoner Markt, unterzubringen (S. 56, 117f., 222); wegen der entstehenden Kosten wurde erwogen, trotz politischer Bedenken die militärischen Vorbereitungen für den Krieg gegen Dänemark zu verzögern (S. 107), und als man überlegte, zur Abwehr dänischer Angriffe auf Einheiten der österreichischen Handelsmarine Kriegsschiffe in die Nordsee zu dirigieren, glaubte man bezweifeln zu müssen, daß diese für einen solchen Einsatz überhaupt geeignet seien: „In bezug auf die Seetüchtigkeit unserer Panzerfregatten im Ozean besitzen wir noch keine Erfahrungen, da dieselben bis jetzt nur kleine Fahrten im adriatischen Meere unternommen haben“ (S. 162).

Von den innenpolitischen Problemen, die im Ministerrat besprochen wurden, seien erwähnt: die nach wie vor nicht geglückte Befriedung Ungarns, was sich diesmal vor allem an der Beschäftigung mit der Frage zeigte, auf welche Weise in den Ländern der St.-Stephans-Krone der Thronfolgeverzicht des Kaiser von Mexiko gewordenen Erzherzogs Ferdinand Maximilian staatsrechtlich gültig bekanntgemacht werden solle (S. 320–322); der einmütige Widerstand der Tiroler gegen die Einbürgerung von Protestanten in ihrem Land, obwohl diese durch das Protestantenpatent von 1861 ein Recht dazu erworben hatten (S. 389–392), und der vom böhmischen Episkopat ausgelöste Konflikt wegen der Wahl eines Protestanten zum Dekan der philosophischen Fakultät der Karlsuniversität: Obwohl sich, auch mit Hinweis auf einen Präzedenzfall 70 Jahre früher, der Ministerrat mehrheitlich für die Bestätigung dieser Wahl durch den Monarchen aussprach, wurde sie von Franz Joseph annulliert (S. 281–284).

Die editorische Zurichtung der Texte, wozu auch die die wichtigsten Beratungsgegenstände kompetent erläuternde Einleitung, die Erklärungen in den Anmerkungen und das Register gehören, ist von inzwischen vertrauter Güte. – Der Rezensent hat, als in den frühen siebziger Jahren diese Edition zu erscheinen begonnen hat, seine Zweifel an der Notwendigkeit dieses Unternehmens nicht verhehlt. Er bekennt gern, daß er sich geirrt hat: Für jeden, der sich in Forschung oder Lehre mit der Geschichte der Habsburgermonarchie in ihrer letzten Ära beschäftigt, gehört diese Reihe zu den besonders wertvollen Quellenpublikationen.

Köln

Peter Burian

Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1883–1895. Bearb. von István Diószegi. (Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1867–1918, IV.) Akadémiai Kiadó. Budapest 1993. 810 S., 1 Kte. \$ 100.00.

Die Zusammensetzung des mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 ins Leben getretenen und in der Regel unter dem Vorsitz des Außenministers tagenden gemeinsamen Ministerrats, sein staatsrechtlicher Charakter und seine politische Bedeutung wurden schon bei der Besprechung des ersten Bandes dieser Edition erläutert (Bd. V: 1895–1907, in: ZfO 43 [1994], S. 313–315). Der neue Band enthält die dieser Veröffentlichung unmittelbar vorhergehenden Protokolle zwischen November 1883 und Juni 1895 und dokumentiert damit nahezu die gesamte Amtszeit von Außenminister Graf Kálnoky (1832–1898), der im November 1881 ernannt worden war und dem im Mai 1895 Graf Gołuchowski folgte.

Auch in den jetzt publizierten Niederschriften wird eindrucksvoll belegt, wie sehr die Führung der Donaumonarchie von der Vorstellung beherrscht war, im russischen Kaiserreich den großen, den Fortbestand des Habsburgerstaates bedrohlich gefährdenden Feind vor sich zu haben, denn in fast jeder dieser Beratungen ging es darum, sich für den letztlich für unausweichlich gehaltenen Krieg so gut wie möglich vorzubereiten. Das konnte aber, wie man meinte, weder durch diplomatische Initiativen noch durch innenpolitische Reformen geschehen. Für den deutschen Verbündeten nämlich war Frankreich, und nicht Rußland, der nächste Gegner, und der informellen Unterstützung durch Großbritannien, für das ebenfalls das Zarenreich, freilich in globaler Dimension, seit langem der zu bekämpfende Gegenspieler war, glaubte man sich in Wien nun nicht mehr sicher zu sein, denn in London war die Festigung der eigenen kolonialen Position gegenüber den Ansprüchen des französischen Rivalen in den Vordergrund der Planungen getreten. Und gegen jeden Versuch, den slawischen Untertanen Franz Josephs ihre Zugehörigkeit zur Habsburgermonarchie durch nationalpolitische Zugeständnisse attraktiv und dadurch die panslawistische Propaganda aus Rußland unwirk-